

# 55-Jähriger bei Randalen verletzt

Mann rastet in Fuldaer Arbeitsagentur aus

LUDWIGSAU/FULDA. Ein 55 Jahre alter Ludwigsauer ist von einem offenbar unzufriedenen Kunden in der Arbeitsagentur in Fulda verletzt worden. Gegen 9.30 Uhr wurde am Mittwoch wegen „lautstarker Randalen“ die Polizei alarmiert, wie diese auf Nachfrage mitteilte, woraufhin eine Streife zum Ort des Geschehens ausrückte. Der Täter hat sich zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits aus dem Staub gemacht.

Der Mann aus Fulda soll während eines Gesprächs mit dem Geschädigten plötzlich ausgerastet sein. Offenbar war er unzufrieden. Er riss einen Schreibtisch aus der Verankerung und schlug dem Ludwigsauer ins Gesicht, wobei dieser leicht verletzt wurde. Zudem ging seine Brille zu Bruch.

Den Sachschaden gibt die Polizei mit rund 400 Euro an. Die Polizisten schrieben eine Strafanzeige wegen des Verdachts auf Körperverletzung und Sachbeschädigung. (nm)

# Kreis bekommt Recht und bezahlt

ESCHWEGE. Der Werra-Meißner-Kreis hat bei der Vergabe der Sicherheits-Dienstleistungen für ein Eschweger Flüchtlingsheim vor zwei Jahren alles richtig gemacht und sämtliche Richtlinien eingehalten. Das ist das Ergebnis einer gerichtlichen Auseinandersetzung zwischen dem Kreis und dem früheren Sicherheitsunternehmer Wolfgang Amm. Amm forderte vom Kreis Schadenersatz, weil er bei der Vergabe nicht berücksichtigt worden war.

„Alle Anträge des klagenden Sicherheitsunternehmens sind vom Gericht kostenpflichtig zurückgewiesen worden“, sagt Kreisreissprecher Jörg Klinge. Hamm Rechtsanwalft Dr. Kevin Faber bedauert die Entscheidung des Gerichts, das den Anspruch seines Mandanten an dessen finanzieller Leistungsfähigkeit habe scheitern lassen. Trotz der Entscheidung zugunsten des Kreises wird die Kommune auf den Kosten des Verfahrens sitzen bleiben - nach Information unserer Zeitung ein mittlerer fünfstelliger Euro-Betrag. Das Sicherheitsunternehmen Amms ist insolvent. (hs)

# Polizei ermittelt gegen acht Jugendliche

FELSBURG. Die Polizei ermittelt gegen acht Jugendliche aus dem Schwalm-Eder-Kreis im Alter von 15 bis 17 Jahren. Ihnen wird Körperverletzung, Strafvereitelung, Diebstahl, Einbruch, unterlassene Hilfeleistung und Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz vorgeworfen. Die Tatverdächtigen sind teilweise geständig, teilt die Polizei mit.

Unter anderem sollen die Jugendlichen im August dieses Jahres an der Drei-Burgen-Schule in Felsberg einen Schaden von 10 000 Euro verursacht haben: Sie hatten zum Teil mit Bierflaschen zehn Fensterscheiben auf dem Schulgelände an der Unteren Birkenallee eingeworfen. (jul)



Ort einer ungehörigen Geschichte: Das Rotenburger Schloss, oder besser die Schlosskapelle, die es schon lange nicht mehr gibt.

Archivfoto: Schankweiler-Ziermann

# Eine brisante Hochzeit

Landgraf Philipp von Hessen ging im Rotenburger Schloss eine Zweitehe ein

## Das Thema

In diesem Oktober jährt sich der Reformationstag zum 500. Mal. Der aus Braunhausen stammende Theologe Prof. Dr. Bernd Kollmann erinnert an ein Geschehen im Rotenburger Schloss, das die Reformation in eine Krise zu stürzen drohte.

VON DR. BERND KOLLMANN

ROTENBURG. Es war wenig charmant, was Philipp von Hessen nach sechzehn Ehejahren und sieben gemeinsamen Kindern über Christina von Sachsen verbreitete. Seine Gattin sei hässlich, unfreundlich und rieche schlecht, so dass er nie Begierde nach ihr verspürt habe, klagte der Landgraf.

Die Fürstenehe war 1523 in Dresden geschlossen worden, um die Beziehungen zwischen Hessen und Sachsen zu festigen. Zuneigung und Liebe spielten dabei keine Rolle. Eine Scheidung kam aus religiösen wie politischen Gründen nicht in Betracht. Deshalb bat Philipp 1539 Martin Luther in ständig darum, ihm

eine Zweitehe mit der siebenjährigen Margarethe von der Saale zu genehmigen. Schließlich hätten auch die Erzväter Israels mehrere Frauen gehabt.

Nach einigem Zögern stimmte Luther unter der Bedingung zu, dass die Zweitehe nicht publik gemacht wurde. Die delikate Angelegenheit brachte Philipp in arge Bedrängnis und stürzte die Reformation in eine tiefe Krise. Rotenburg aber verdankt ihr bis heute einen festen Platz in den kirchengeschichtlichen Lehrbüchern. Die brisante Hochzeit konnte nur im Geheimen stattfinden. Als Ort bot sich das Rotenburger Schloss an, das den Landgrafen von Hessen als Sommerresidenz und Witwenwohnsitz diente.

## Melanchthon war Gast

Dort kam am 4. März 1540 eine kleine, aber illustre Festgesellschaft zusammen. Mit Philipp Melanchthon, dem engsten Vertrauten Luthers, und Martin Bucer, dem Erfinder der Konfirmation, befanden sich zwei der bedeutendsten Theologen der Reformation unter den Gästen. Die Trauung führte der Hofprediger Dionysius Melander in der heute nicht mehr vorhandenen Schlosskapelle durch.

Mit der Hochzeit, die nicht lange geheim blieb, machte sich Philipp der Bigamie schuldig. Das kaiserliche Recht, das er selbst 1535 in Hessen in Kraft gesetzt hatte, sah dafür die Todesstrafe vor. Um der Verurteilung durch Kaiser Karl V. zu entgehen, musste Philipp weitreichende politische Zugeständnisse machen. Damit schwächte er den Schmalkaldischen Bund, in dem sich die protestantischen Fürsten und Städte gegen die Religionspolitik des katholischen Kaisers zusammengeslossen hatten.

## Problem für Luther

Luther dagegen bescherte die Billigung der Zweitehe ein massives Glaubwürdigkeitsproblem, da sie dem Neuen Testament widersprach. Er befürchtete wohl, dass Philipp bei einer Ablehnung seines Wunsches ins katholische Lager wechseln könnte, was gleichbedeutend mit dem Ende der Reformation gewesen wäre.

Die Doppelhe Philipps galt lange Zeit als Schandfleck der Reformationsgeschichte. Heute berücksichtigt man stärker die Glaubenskrise des Landgrafen, der in Sorge um sein Seelenheil war. Dass er sich auferehelichen Abenteuer hingab, wie es damals allge-

mein gebilligt wurde, stürzte ihn in tiefe Schuldgefühle. Schwere Herzensmied er sogar das Abendmahl, da nach der Bibel bei unwürdigem Empfang von Brot und Wein das Strafgericht Gottes drohte.

Die Zweitehe mit Margarethe, die sich vom Hof in Kassel fernhalten musste und auf der Burg Spangenberg lebte, brachte den Befreiungsschlag aus dem Gewissenskonflikt. Aus ihr gingen neun Nachkommen hervor. Der Landgraf blieb aber auch Christina die ehelichen Pflichten nicht schuldig und zeugte mit ihr drei weitere Kinder. Ganz so unattraktiv, wie er sie beschrieben hatte, kann die Prinzessin aus Sachsen also nicht gewesen sein.

## Zur Person

DR. BERND KOLLMANN ist 1959 in Bebra geboren und in Braunhausen aufgewachsen. 1978 legte er das Abitur an der Jakob-Grimm-Schule Rotenburg ab.

Er ist Professor für Neues Testament an der Universität Siegen und Autor zahlreicher theologischer Sachbücher. (red)



# Zeitreise und Apfelschampus

Mittendrin beim 150. Geburtstag des Kasseler Regierungspräsidiums

Zum Schluss tauschten der Ministerpräsident und der Regierungspräsident Geschenke aus. Zwei gut gelaunte Politiker und charmant-lässige Redner mit weltmännischer Selbstverständlichkeit, die mit mehr als 800 Gästen am Donnerstag im Opernhaus den 150. Geburtstag des Kasseler Regierungspräsidiums feierten. Volker Bouffier hatte aus Wiesbaden das hessische Wappen mitgebracht. „Der Löwe ist stark und mutig. Der passt zum Regierungspräsidium.“

Dessen Chef, Dr. Walter Lübcke, überreichte dem Ministerpräsidenten gleich drei Geschenke. „Wir sind in Nordhessen arm, aber nicht geizig“, kokettierte der RP. Apfelschampuswein, Ahle Wurst und das frisch vom RP heraus-

gegebene Buch „Teil der Gewalt“ überreichte er seinem Vorgesetzten.

Das Buch stammt aus der Feder der Historikerin Dr. Nadine Freund, die im Auftrag der Behörde die Rolle des Re-

gierungspräsidiums in der Zeit des Nationalsozialismus beleuchtet hat. Diese düstere Epoche deutscher Geschichte spielte auch bei der Zeitreise „150 Jahre Regierungspräsidium“ eine Rolle. Die Historike-

rin beantwortete Claus Peter Müller von der Grün, der den zweieinhalbstündigen Festakt moderierte. Fragen zu diesen zwölf Jahren Diktatur. Für Musik sorgte das Heeresmusik-korps Kassel. (use/mad)



Festakt im Opernhaus: (von links) Innenminister Peter Beuth, Ministerpräsident Volker Bouffier, Irmgard Braun-Lübcke, Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke und sein Stellvertreter Hermann-Josef Klüber.

Foto: Fischer

# Handel mit gefälschter Ware

Geldstrafe für Mann aus Werra-Meißner-Kreis

WERRA-MEISSNER. Wegen Markenpiraterie auf dem Pflingstflohmarkt des Metro-Einkaufszentrums in Kassel wurde ein 37-Jähriger aus dem Werra-Meißner-Kreis zu einer Geldstrafe von 120 Tagessätzen zu je zehn Euro verurteilt. Zusammen mit einem 60-jährigen aus Kassel hatte er auf dem Flohmarkt einen Stand betrieben, an dem er laut Anklage mit gefälschten Markenartikeln gehandelt haben soll.

Es handelte sich dabei um mehr als 900 Artikel wie Taschen und Sonnenbrillen, die als Originalprodukte ausgegeben wurden. Ein Zeuge meldete den Stand bei der Polizei. Laut Staatsanwaltschaft leistete der Angeklagte einen wesentlichen Beitrag zum Geschehen, da dieser unter anderem die Anmeldung des Stands übernommen hatte. Das stellte sich im Laufe der Verhandlung heraus. Die Aussagen des Angeklagten zeigten auch, dass er gewusst haben muss, dass es sich bei den an dem Stand angebotenen Produkten um Fälschungen handelte.

Die Verteidigung hob hervor, dass der Angeklagte lediglich Beihilfe geleistet habe, da die Waren dem anderen Mann gehörten, was dieser vor Gericht auch zugeb. Das Gericht befand jedoch, dass die Beiträge des Angeklagten zu umfassend seien, um als bloße Hilfestellungen zu gelten. (sch)

# Bruchbuden an Südosteuropäer vermietet

SCHWALM-EDER. Die Versteigerung eines maroden Fachwerkhäuses in Merzhausen sorgt für Unruhe. Das Land Hessen als Eigentümer gab für 500 Euro die Schrottmobile an eine bulgarische Investmentfirma ab.

Der Blick richtet sich in diesem Zusammenhang auf Schwarzenborn. Auch dort kaufen mehrere Investoren zum Teil sehr maroden Leerstand auf und bringen in den Häusern Menschen unter, die aus Bulgarien und Rumänien stammen.

## „Besondere Geschäftsmodelle“

In Schwarzenborn leben inzwischen 80 Südost-Europäer in zehn Gebäuden. Überwiegend werden sie von einer Geschäftsfamilie aus Nordrhein-Westfalen dort untergebracht, es gebe aber noch einen weiteren Investor, so Schwarzenborns Bürgermeister Jürgen Liebermann. Das Wort Sozialbetrug nimmt Bürgermeister Liebermann nicht in den Mund, spricht allerdings vorsichtig von „besonderen Geschäftsmodellen“. Auch in der Großgemeinde Willingshausen ist man alarmiert. Denn über die bulgarische Investmentgruppe ist wenig bekannt – schon gar nichts über deren Motive.

Den Kommunen seien in der Regel die Hände gebunden, da es sich um rein privatrechtliche Geschichten handele, heißt es vom Hessischen Städte- und Gemeindebund. Einzig eine Nutzungsuntersagung für unbewohnbare Häuser könne ausgesprochen werden.

Das ist in Schwarzenborn in einem Fall passiert: In der bewohnten Bruchbude fehlte zwischen zwei Etagen eine Decke. (syg)